



Rede

**1. MAI 2019**

„EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!“

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender  
der IG Metall

Bremen, 1. Mai 2019

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
liebe Annette, lieber Bremerinnen und Bremer!

Schön ist, dass ich heute in Bremen sein darf!

Es gibt auch viel Schönes aus unserer Gewerkschaftsarbeit zu berichten.

Drei Beispiele:

20.000 Bremer Hotel-, Kneipen- und Restaurant-Mitarbeiter haben jetzt mehr Geld in der Tasche. Weil der Tarifvertrag jetzt allgemeinverbindlich ist. Ich gratuliere der NGG zu ihrer Zusammenarbeit mit der Dehoga und diesem bundesweit einmaligen Durchbruch.

Eure Polizei schiebt einen Berg von 300.000 Überstunden vor sich her. Und das ist harte, unverzichtbare Arbeit, bei der mit Erholung nicht gespart werden darf. Jetzt hat die GdP es geschafft, dass der Innensenator endlich Zahlen für den Stellenaufbau genannt hat.

Und noch ein Beispiel aus dem Handwerk: Im Elektrohandwerk gibt es ab dem nächsten Jahr einen Tarifvertrag, der in der ganzen Branche das Mindestentgelt erhöht. Und außerdem nicht nur für Monteure gilt, sondern zum Beispiel auch für die Reparaturdienste und Elektro-Fachgeschäfte.

All das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nur möglich durch Euch; durch Gewerkschaftsmitglieder, durch aktive JAV, Vertrauensleute und Betriebs- und Personalräte. Und eine unserer Arbeitsgrundlagen: Das Tarifvertragsgesetz, das vor wenigen Tagen seinen 70. Geburtstag gefeiert hat.

Seit 70 Jahren machen wir Gewerkschaften in der Bundesrepublik Tarifverhandlungen und Tarifpolitik. Und wir sollten auf dieses Gesetz, auf unser Recht über Arbeitsbedingungen zu verhandeln, nicht verzichten.

Wir werden doch unsere Arbeitsbedingungen nicht dem Staat und schon gar nicht den Arbeitgebern überlassen!

Der Mindestlohn zum Beispiel. Der Mindestlohn ist gut. Aber 9 Euro und 19 Cent reichen doch hinten und vorne nicht! In ganz Deutschland nicht, und auch nicht hier in Bremen:

Die Mieten sind hier in den letzten Jahren um 18 Prozent gestiegen. Immer mehr Menschen arbeiten auch hier in Bremen im Niedriglohnsektor, in Minijobs und in Leiharbeit. Da fragt man sich: Wie kann die Politik es zulassen, dass bundesweit der soziale Wohnungsbau platt gemacht wird? In Bremen gibt es 8.000 solcher Wohneinheiten, aber es waren mal 80.000. „Die Stadt muss allen gehören!“ – Eurem Motto gebe ich völlig recht, und ich wünsche Euch viel Erfolg bei der Abstimmung um die Bebauung der ehemaligen Galopprennbahn.

Wenn wir die sozialen Missstände in Deutschland in ihrer Gesamtheit betrachten, lässt dies nur eine Zuspitzung zu. Das größte Problem ist:

Vielen ist die Maßeinheit für Gerechtigkeit verloren gegangen.

Wer mit dem Mindestlohn Vollzeit arbeitet, der hat im Jahr 18.000 Euro zum Leben. Und auf der anderen Seite stehen zum Beispiel die Gehälter von Konzernbossen. Der Chef der Deutschen Post: Über 8 Millionen! Der Chef der Allianz: Über 10 Millionen! Der Chef von Beiersdorf: Über 23 Millionen!

Das ist fast 1.300 Mal so viel. Kann eine Arbeit tatsächlich 1.300 Mal mehr wert sein als eine andere? Auf diese und andere eklatante Maßlosigkeiten folgen soziale Spaltung, Abstiegsängste und der Zulauf zu Parteien, die mit rechtspopulistischen Parolen nur scheinbar einfache Antworten liefern. Unsere gewerkschaftlichen Antworten sind:

Tarifbindung und Tarifverhandlungen – sie bilden das Fundament für eine gerechte Arbeitswelt. Das ist die Antwort auf die soziale Spaltung!

Tarif schafft Gute Arbeit! Und Gute Arbeit für alle stärkt die Demokratie!

Lebensbedingungen und Chancengleichheit hängen von guten Tarifverträgen ab: Zunächst einmal auskömmliche Löhne. Und damit: Welche Wohnung ich mir leisten kann. Ob ein Kind Chancen hat in der Schule und bei der Berufswahl.

Und nicht zuletzt: Ob meine Rente reicht!

Wir sehen seit 70 Jahren, dass Sicherheit, Solidarität und demokratisches Gestalten mit der Tarifbindung verzahnt sind.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auf das letzte Jahr können wir alle miteinander stolz sein:

Wenn wir Interessen bündeln, mutig sind und zusammen kämpfen, dann wird das Ergebnis richtig gut, wie etwa im Öffentlichen Dienst. 7,5 Prozent mehr Geld für 2,3 Millionen Menschen. 100 Euro mehr für Azubis. Und was besonders wichtig war: Es gibt endlich eine Aufwertung der Pflege-Berufe mit nochmal 120 Euro extra jeden Monat. Glückwunsch an Euch Verdianer! Egal, ob Stadtreinigung, Verwaltung oder Lehrkräfte: Eure Arbeit ist unverzichtbar für die ganze Stadt, für das Gemeinwohl. Ihr habt für diesen Abschluss hart gekämpft, und Ihr habt ihn verdient!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Kraft und unsere Konzepte, die wir als Gewerkschaften haben, entstehen nicht am grünen Tisch. Unsere Machtressource sind die Betriebe. Beziehungsweise alle, die jeden Tag arbeiten und besonders die engagierten Vertrauensleute, JAVis, Betriebsräte und Personalräte.

Als IG Metall haben wir deshalb die Beschäftigten gefragt: Wie wollt Ihr leben und arbeiten? Wollt Ihr allein auf Entgelterhöhungen setzen? Oder ist Euch darüber hinaus noch etwas wichtig?

Für die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie 2017/2018 hatten wir auf diese Weise einen klaren Auftrag von den Mitgliedern bekommen, die berichtet haben:

„Wir arbeiten ständig nach der Uhr der Arbeitgeber. In Schichten. Nachts. Am Wochenende. Überstunden. – Jetzt wollen wir mehr Rechte, unsere Zeit auch mal an unsere Bedürfnisse anzupassen.“

Wir haben das geschafft. Fast 300.000 Menschen arbeiten in diesem Jahr weniger als im letzten Jahr. Entweder sie wandeln das tarifliche Zusatzgeld um in zusätzliche freie Tage. Oder sie reduzieren eine Zeit lang die Wochenarbeitszeit. Arbeitszeit-Optionen hatten auch EVG und IG BCE schon durchgesetzt, ebenso wie jetzt die Kolleginnen und Kollegen in der Stahl-Industrie. Was können wir aus diesen erfolgreichen Arbeitszeitoffensiven schlussfolgern?

Die Menschen wollen ihre Arbeitszeit an ihre jeweilige Lebensphase anpassen können, und sie können es gemeinsam mit uns, den Gewerkschaften, durchsetzen. Keine Firma, kein Arbeitgeber ist nun pleite, weil ein Teil der Belegschaft etwas weniger arbeitet. Da haben die Arbeitgeber mal wieder eine irreführende Drohkulisse aufgebaut. Und nicht zuletzt: Solche Fortschritte für eine moderne Gesellschaft kommen nicht „von oben“ aus der Politik.

Es ist doch eher so: Die Politik braucht Nachhilfe in Sachen Realität. Und die Realität ist da, wo die Leute arbeiten: Im Büro, im Klassenzimmer, an der Linie, in der Werkstatt, auf Montage. Anfang des Jahres kam dann ja nun endlich auch das Gesetz zur Brückenteilzeit.

Kurz: Unsere Forderungen können Arbeitsbedingungen verbessern – für jeden Einzelnen, aber später auch für die ganze Gesellschaft. Dieses Verständnis müssen wir stärker wiederbeleben. Bei der Arbeitszeit haben wir es geschafft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass soziale Ungerechtigkeit dem rechten Rand Stimmen in die Hände spielt, sehen wir in ganz Europa. Von einem rechten Rand zu sprechen ist inzwischen jedoch untertrieben. Nationalismus und Rechtspopulistische Ideologie haben sich bis in die Mitte der Gesellschaft, bis in die Mitte Europas hineingefressen.

Die Europawahl am 26. Mai könnte genau das sein: Eine Quittung für eine neoliberale Politik, eine Quittung für eine Europapolitik, die die Bedürfnisse von über 500 Millionen Europäerinnen und Europäern nicht beherzt genug berücksichtigt.

Die EU hat sich eben noch nicht als soziale Union gezeigt. Quer durch Europa mussten Menschen erleben, dass man sich nicht um sie kümmert. Jedem Fünften geht es materiell schlecht. Zu einem erheblichen Teil sind das Jugendliche ohne Arbeit. Warum sollen diese Menschen also dem geeinten Europa applaudieren? Für die Reisefreiheit? Und die Roaming-Gebühren?

Deswegen haben rechte, europafeindliche Parteien in ganz Europa von Nord nach Süd und West nach Ost Zulauf. Auch in Deutschland ist jeder Vierte der Meinung, die EU bringt uns Nachteile.

Die höchste Zustimmung pro Europa gibt es von der jungen Generation – und von den Älteren. Für junge Leute ist Europa selbstverständlich. Bei den Älteren, weil sie selbst noch vielleicht das Ende des Krieges, den Kalten Krieg, das Ende von Grenzkontrollen und auch das Ende von Konflikten und unnötigen wirtschaftlichen Krisen erlebt haben. Aber die mittlere Generation, und das ist die Mehrheit in unseren Betrieben, ist EU-skeptisch.

Wer zum Beispiel hier bei ArcelorMittal arbeitet, der erlebt die EU als Instanz, die über die Emissionsgesetzgebung und damit über die Zukunft der Stahlindustrie bestimmt. Und dass es ein mühsames Geschäft ist, um zu vernünftigen industriepolitischen Ergebnissen zu kommen. Mühsam, bis wir endlich einen Schutz vor Dumping-Stahl aus China und aus Russland hatten. Solche Unsicherheiten und Bedrohungen von Arbeitsplätzen sind nie gut. Europa muss in der Struktur- und Industriepolitik deutlich besser werden.

Es ist doch so: Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt! In die reine Wettbewerbslogik! Oder in die Sparpolitik der EU! Wir könnten uns verlieben in eine Politik, die für möglichst viele in Europa das Leben besser macht. Und deshalb ist unser Plan für Europa:

Bis zum Wahltag werden wir am Arbeitsplatz mit unseren Kolleginnen und Kollegen diskutieren. Am 20. Mai – dem DGB-Aktionstag – gehen wir raus für „Europa. Jetzt aber

richtig!“. Damit die demokratischen, proeuropäischen Kräfte Zuwachs bekommen. In der neuen Legislaturperiode werden wir uns stark machen für jene Themen, die die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt rücken. Damit der Sinn von Europa für die Mehrheit der Menschen besser spürbar wird.

Die nächsten fünf Jahre müssen eine Zeit des europäischen Aufbruchs und des europäischen Zusammenhalts sein. Diese Europa-Wahl wird darüber entscheiden, ob progressive Kräfte den Fortschritt anstoßen können. Oder ob starke antieuropäische Fraktionen die Zeitreise rückwärts einleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für uns ist klar: Wir treten Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus entschieden entgegen! Unsere Antworten sind Weltoffenheit, Demokratie und Solidarität! In den Betrieben, in Deutschland und in Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

und noch etwas macht den gemeinsamen Weg Europas statt Alleingänge der Länder besonders wichtig: Die Transformation. Transformation bedeutet: Wir erleben zurzeit große Umbrüche; digitale Umbrüche, ökologische und demografische. In fünf Jahren werden die meisten von uns anders arbeiten als heute.

Ein Automechaniker wird mit anderen Bauteilen andere Tätigkeiten verrichten.

Was dem Verbrenner der Kolben, ist dem Elektroauto die Batteriezelle. Ein Bäcker wird seine Maschinen vernetzen, die Zutaten über eine App steuern und Brot auch über einen Online-Shop verkaufen. Zahnärztinnen und Zahnärzte werden zunehmend mit Scanner und Fräs- und 3D-Maschine arbeiten. Wir werden also eine massive Ausweitung der Digitalisierung von Produkten, Prozessen und auch Tätigkeiten in den Büros erleben.

Wie kann aus diesem technischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt werden? Wie schaffen wir es, dass keiner unter die Räder kommt? Für diese Leitfrage sind auch wir Gewerkschaften zuständig.

Zumal das noch nicht alles ist: Hinzu kommen die Klimaziele. Auch wir Industriegewerkschaften betrachten Klimaschutz nicht als „Nice-to-have.“

Klimaschutz ist dringend notwendig. Ansonsten leben wir in einer Welt, die immer weiter mit massiven Dürren, Waldbränden auf der einen Seite und Überschwemmungen auf der anderen Seite kämpft. Das sind die Ursachen für das soziale Elend von Millionen Menschen auf unserem Planeten.

Deshalb gehört Klimaschutz zum festen Wertegerüst aller DGB-Gewerkschaften. Und wenn jetzt junge Leuten freitags „for future“ auf die Straße gehen, zeigt das:

Die Jugend macht sich Sorgen um Umwelt und Zukunft, teilweise mehr als viele Politiker und Arbeitgeber! Sie spürt, dass gehandelt werden muss, bevor es zu spät ist! Und sie legen den Finger in die Wunde und sagen: Einfach mal machen!

Ich gebe der Jugend Recht: Machen! Eine erfolgreiche Energiewende ist möglich. Und zwar, ohne Arbeitsplätze und Klima gegeneinander auszuspielen. Klimapolitik und Arbeitsmarkt sind ja kein Pokerspiel, bei dem nur einer gewinnen kann.

Ein Beispiel sind die Kolleginnen und Kollegen, die Windkraftanlagen produzieren, aufbauen und warten. Zählt man Onshore und Offshore zusammen, sind das über 50.000 Beschäftigte mit ungewisser Perspektive. Warum ungewiss? Weil weder die Kohlekommission noch sonst jemand eine klare Idee davon hat, wie man die Sektoren Energie und Mobilität, Energie und Bau, Energieerzeugung und Netzausbau sowie Speichertechnologie gescheit miteinander verknüpft. Kein Elektrofahrzeug ist klimaneutral, solange da nicht grüner Strom reinkommt. Dafür wären eine Zeitschiene und eine politische Flankierung endlich nötig.

Die Windkraft-Beschäftigten haben jedenfalls im Moment keine Ausbauperspektive – ohne Netzausbau und Speichermöglichkeit sind die Betreiber ausgebremst.

„Fridays for future“ hat recht: Deutschland und Europa brauchen mehr abgestimmte Konzepte und vor allem deren Umsetzung in der Klima- und Energiepolitik!

Und ganz sicher brauchen wir auch Arbeitgeber, die ihrer Verantwortung nachkommen. Strategien des „Weiter so“ sind keine akzeptablen Optionen. Wer nur Renditen und Dividenden im Blick hat, wer nicht oder kaum in die Zukunft der Arbeitsplätze investiert und wer bei der Weiterqualifizierung der Beschäftigten spart, der hat die Belegschaften und die Gewerkschaften zum Gegner.

Die Autoindustrie ist besonders stark betroffen. Durch die Umstellung auf Elektrofahrzeuge werden etwa 150.000 Arbeitsplätze wegfallen. Ein E-Auto braucht nun mal weniger Teile als ein Verbrenner. Also werden in Deutschland künftig auch weniger Autoteile produziert. Das wird massiv die Zulieferer treffen. Es werden aber auch weniger Teile von A nach B transportiert. Und die Endmontage ist weniger komplex und damit schneller.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat jetzt eine Beschäftigungs-Prognose unter dem Titel „Digitale Arbeitswelt“ erstellt. Die besagt: Die Transformation wird bis zum Jahr 2035 in Deutschland 4 Millionen Jobs kosten. Aber auf der anderen Seite werden 3,3 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Nun wird aber aus jemandem, der bislang Braunkohle abgebaut hat, nicht über Nacht ein Robotik-Ingenieur.

Das BMAS kommt daher zu dem Schluss: Nur mit mehr Bildung und Weiterqualifizierung im Betrieb schaffen wir die Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt. Hoffen wir, dass dieser Erleuchtung auch politische Taten folgen. Unser Bundesarbeitsminister will jetzt im Sommer einen Weiterbildungs-Plan vorlegen. Unsere gewerkschaftlichen Konzepte stehen schon lange: Wir wollen die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen für verbindliche Personal- und Qualifizierungsplanungen. Mehr

Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte. Ein Transformations-Kurzarbeiter-Geld, das Beschäftigte im Betrieb hält und für neue Aufgaben qualifiziert. Und wir fordern eine regionale Strukturpolitik, Ziele, Beratung und Mittel, um kleine und mittelständische Betriebe beim Wandel zu unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir haben zu tun: Mehr Tarifbindung, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr bezahlbarer Wohnraum, ein lebendiges Europa für die Menschen und sichere Arbeitsplätze für die Beschäftigten. Wir werden gebraucht!

Ihr werdet gebraucht bei der Bremischen Bürgerschaftswahl. Damit Bremen von anständigen, demokratischen Köpfen regiert wird! Aus dem gleichen Grund braucht es uns alle als Botschafter für ein optimistisches Europa. Und wir als IG Metall brauchen Euch – für eine soziale, ökologische und demokratische Transformation, die für alle gut wird. Wir laden Euch ein: Wer möchte, ist am 29. Juni in Berlin am Brandenburger Tor.

Unserer Botschaft ist: Die Uhr tickt. Den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Politikerinnen und Politiker sagen wir dort: Macht mit uns Zukunft!

Lasst uns Zukunft machen – gemeinsam!